

Unter dem Gesichtspunkt auch bestehender positiver Momente des Bildungswesens der DDR ist die geforderte vollständige Übertragung von Bundesrecht aus dem Bildungsbereich auf die DDR als Voraussetzung für eine zügige Verwirklichung der dringenden Reform im Bildungswesen - siehe Denkschrift Seite 375 - nicht zu akzeptieren. Es berücksichtigt die Interessen der zukünftigen Länder auf DDR-Gebiet unter den dort existierenden Bedingungen nur ungenügend. Das Bildungsministerium der Noch-DDR beschloß inzwischen eine Vielzahl von Verordnungen. Wir hörten schon davon. Wir erfuhren vorige Woche im Bildungsausschuß, daß sie als Rahmenrichtlinie vom Ministerrat festgelegt und nur noch von den Herren Möllemann, Schäuble und Krause bestätigt werden sollen, müssen.

Die Fraktion der PDS fordert, daß endlich Auskunft darüber gegeben wird. Wenn Herr Abend im Ausschuß äußerte, daß der Einigungsvertrag überraschend schnell unterschrieben wurde und deshalb gesetzliche Regelungen nicht mehr zu machen gewesen wären, dann bekräftigt diese Aussage die Bedenken unserer Fraktion zum überstürzten Beitritt. Auch die SPD-Ausschußmitglieder beklagten die fehlenden gesetzlichen Grundlagen. Herr Eimer sprach vorhin davon. Doch auch Sie stimmten ja dem Beitrittstermin zu. Sollte er nicht sogar am 15.9. sein?

Die Erarbeitung und Diskussion von Gesetzesvorlagen sind immer zeitaufwendig. Jeder Abgeordnete weiß das. Der PDS-Fraktion ist völlig unverständlich, daß Minister Meyer im Einigungsvertrag einer Regelung zustimmen konnte, die keine Rechtssicherheit für Pädagogen und Mitarbeiter in Kindereinrichtungen auf Weiterbeschäftigung wenigstens bis zum Ende des Schuljahres garantiert. Das gilt übrigens für alle, die für die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens da sind.

Wir fordern die Regierung auf, schnellstens eine rechtsgültige Interpretation der Anlage 1, Kapitel 19 zu veröffentlichen. Werden auch die Arbeitsverhältnisse der Pädagogen ruhen? Was wird aus den Kindern? - Diese Fragen sind bis heute nicht ordentlich beantwortet.

Wir haben im Ausschuß schon mehrfach gefordert, daß die fachlichen und pädagogischen Kompetenzen aller Pädagogen langfristig überprüft werden. Auch ihre Einstellung zur Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit muß natürlich beachtet werden. Wir wehren uns aber gegen Pauschalurteil und Ausgrenzung. Mit der Vereinigung wird es notwendig, daß dringend neue Strukturen geschaffen werden. Die geplante Einführung des Jugendhilfestrukturegesetzes bestätigt, daß ohne Anschubfinanzierung durch den Bund das Gesetz nicht greift. Das betrifft die Kindereinrichtungen sowie die Schulen in freier Trägerschaft.

Es ist doch so: Die freien Träger sind bei uns noch nicht entwickelt, die aus der BRD steigen nur zögernd ein. Den Kommunen fehlt das Geld. Es geht um eine finanzielle Unterstützung mit einer Übergangszeit entsprechend der Struktur der Länder, nicht nur bis zum Juli 1991. Es war für mich enttäuschend, daß die Mitglieder der CDU/DA-Fraktion, DSU und F.D.P. sich im Ausschuß nicht dazu durchringen konnten, dem Antrag der SPD und des Bündnis 90/Grüne, die Finanzierung benötigter Kindereinrichtungen bis zum 31.12. 1992 zu sichern, ihre Zustimmung zu geben. Mir fällt da eine Liedzeile ein: Es geht immer ums Tun und nicht ums Siegen. - Ich bin traurig, daß in dieser Kammer dieser Satz und diese Zeile nur eine geringe Rolle spielte. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte als nächsten Redner den Abgeordneten Schicke von der Fraktion der F.D.P.

#### **Schicke für die Fraktion der F.D.P.:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt einerseits keinen besseren Tag als den heutigen zu einer Aktuel-

len Stunde zur Bildung, keinen besseren Tag als den, an dem das Hohe Haus dem Einigungsvertrag zugestimmt hat. Dieser Tag ist gut für Bildungsfragen, weil Bildungsfragen Investitionsfragen sind, denn im Gegensatz zu andererorts bemängelter Investitionsfreudigkeit und manch hemmender Faktoren - in unseren Bildungsstätten ist sie vorhanden, diese Bereitschaft. Und daraus folgernd, komme ich um die Feststellung nicht umhin, ein noch besserer Tag für diese Stunde wäre andererseits vor Beginn des neuen Schul- und Lehrjahres gewesen, zwingend gewesen, um manch berechtigt bestehender Verunsicherung den Nährboden zu entziehen. Lehr- und Lernatmosphäre braucht die Gewißheit der Geborgenheit, die der Einigungsvertrag bringt. Ich habe kein Verständnis für Diskussionen, die nur weitere Verunsicherungen schaffen, indem Sorgen unserer mit Bildung und Erziehung Befäßen um das letzte ausformulierte Detail ziemlich undifferenziert behandelt werden. Setzen wir an diese Stelle endlich auch wieder das notwendige Vertrauen, meine Damen und Herren. Es geht nicht mehr um die Bildung und Erziehung junger Menschen, an deren Beispiel oder mit deren Beispiel, wie Sie wollen, die Überlegenheit einer Gesellschaftsordnung bewiesen werden soll, sondern es geht endlich um die Chance einer wirklich freien Entwicklung unserer jungen Menschen in allen Bundesländern. Es verbietet sich ganz einfach, für jeden den Eindruck zu erwecken, als sei nun manches übersehen oder vergessen worden. Dieser Bumerang ginge doch wohl mit Sicherheit nicht in den neuen Bundesländern, nicht im Osten nieder, er träfe uns alle. Deshalb müssen wir Mut machen, weil wir täglich eine Atmosphäre des berechtigten Optimismus in unseren Bildungsstätten benötigen, und dem wirkt zugeständenerweise momentan manches entgegen, vor allem das fehlende klare Wort in diesen Anlaufstadien des Schul- und Lehrjahres. Es bedrückt schon, wenn Ausgleichszahlungen zwar angekündigt, aber nicht bzw. zu lange nicht getätigt werden. Herr Minister, hier standen Sie in prompterer Pflicht. Auch das klar beantwortbare Wort im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Was aber sollen die Debatten, frage ich Herrn Eimer, um den Zeitraum vom 3.10.1990 bis 3.01.1991? Es gibt wohl keinen hier, dem daran gelegen sein könnte, den Glauben, nein, den Irrglauben zu verbreiten oder zu nähren: Irgendwann im Schuljahr 1990/1991 schließen sich die Schultüren. Deutlich muß aber gesagt werden: Letzte weiterführende Modalitäten überlassen wir doch bitte unseren Ländern.

Wer Kulturhoheit sagt, soll auch nicht in seinen letzten Tagen in der Berliner Zeit jahrzehntelang Versäumtes regeln wollen, sondern bereit sein, Funktionierthabendes zu akzeptieren. Das entbindet uns nicht von der Verantwortung, Ruhe in die Diskussion um Klassenfrequenzen und Stundenzahlen zu bringen. Das erfordert ein klares Wort. Wir Freien Demokraten sagen dies allen Bundesländern zur Beibehaltung bzw. Schaffung bedarfsgerechter Ganztagsbetreuung der Kinder, zur Begabtenförderung und Erhaltung von Spezialschulen in den neuen Bundesländern.

Ich meine, wir spüren alle die Europäisierung des Prozesses. Stellen wir uns ihm auf allen Stufen, z. B. auch durch verstärkten Fremdsprachenunterricht, durch Veränderung bzw. Neugestaltung bestimmter Ausbildungsrichtungen wie Ökologie, Jura, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, durch Studienbedingungen, die den Studienabschluß in der Regelstudienzeit ermöglichen, durch weitere Pluralisierung unserer Hochschulen und den Mut zur Schaffung neuer universitärer Einrichtungen in den Ländern. Es ist notwendig, die Studienkapazitäten erheblich auszuweiten.

Das sind lohnenswertere Ansätze, meinen wir, als das Beklagen der durchaus brauchbaren Vergleichbarkeitsregelungen der Abschlüsse und treffen die Intentionen und das Bemühen unserer Lehrer, sich an den Bedürfnissen der Schüler zu orientieren und für neue Inhalte und Methoden offen zu sein.

Dafür, glaube ich, sollte auch einmal Dank gesagt werden, denn die Bedingungen sind vielerorts nicht so. Denken wir nur an die zum Teil mangelhafte Schulbuchversorgung, und ein Finanzierungskonzept wie das des Wissenschaftsrates scheint noch nicht in Aussicht.

Ermutigen wir bitte, meine Damen und Herren, alle mit Bildung und Erziehung Befäßen, und am besten tun wir das durch